

1
2
3
4
5
6
7
8 **17. Vollversammlung der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e.V.**
9 **vom 29. bis 31. Oktober 2010 auf der Ev. Jugendburg Hohensolms**
10

11
12 **Antrag Nr. 02**

13 **Antragsteller: Vorstand der Evangelischen Jugend in Hessen und Nassau e. V.**

14
15 **Antrag:**

16
17 Die Vollversammlung möge beschließen:

18
19 Die EJHN begrüßt die Pläne der Bundesregierung, die Wehrpflicht und damit auch den Zivildienst
20 auszusetzen. Die Pläne der Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Dr.
21 Kristina Schröder, stattdessen einen freiwilligen Zivildienst anzubieten, werden kritisch gesehen.

22
23 Die EJHN spricht sich für ein freiwilliges Jahr für alle aus. Dabei kann es, was die zeitliche
24 Ausgestaltung betrifft, zu flexiblen Lösungen kommen, die, je nach Inhalt des Freiwilligendienstes,
25 an den persönlichen Rahmenbedingungen der Interessierten orientiert ist.

26
27 Viele Zivildienstleistende werden derzeit wie billige Arbeitskräfte beschäftigt und die
28 Ausgestaltung der Stellen wirkt letztlich als Lohndumping. Beim Abschied vom Zivildienst in der
29 bisherigen Form soll die Qualität des Alternativdienstes gestärkt und ausgebaut werden: Sowohl in
30 der Ausbildung als auch in den Diensten selbst müssen die sozialen Inhalte im Mittelpunkt stehen.
31 Darüber hinaus sollten auch Angebote mit technisch/handwerklichen Schwerpunkten entwickelt
32 werden, um alle Interessen und Fähigkeiten der jungen Menschen anzusprechen.

33
34 Die Dienstzeit soll auf die Wartezeit für einen Studienplatz angerechnet werden. Für
35 Auszubildende soll eine vergleichbare Regelung im Sinne einer materiellen Anrechnung
36 geschaffen werden.

37 Die Zeit im sozialen Jahr soll mehr als bisher für Ausbildung und Beruf anerkannt werden und es
38 muss mehr als bisher möglich sein, den Inhalt der Dienste mit den späteren beruflichen
39 Handlungsfeldern zu verknüpfen.

40 Die Mitarbeit soll angemessen vergütet und auch Beiträge zur Rentenversicherung mit
41 eingeschlossen werden.

42
43 Das Ministerium plant, den freiwilligen Zivildienst im Grunde in der Trägerschaft des Staates zu
44 belassen und ihn damit faktisch in Konkurrenz zu den Freiwilligendiensten von freien Trägern zu
45 stellen. Die EJHN spricht sich gegen diese Doppelstrukturen aus. Sie fordert, dass die Umsetzung
46 des sozialen Jahres komplett auf die freien Träger übertragen wird. Die nichtstaatlichen
47 Organisationen sind am Besten in der Lage, Stellen zu entwickeln und anzubieten, die den
48 Qualitätskriterien sozialer Arbeit entsprechen. Die freien Träger bewegen sich eher in der Mitte der
49 Gesellschaft und reagieren flexibler auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. Die finanziellen
50 Mittel, die bisher für die Ausgestaltung des Zivildienstes verwendet wurden, sollen auf sie
51 übertragen und die Bundesamtsverwaltung entsprechend reduziert werden.

52
53 Der Vorstand und die Außenvertreter/innen werden beauftragt, die Diskussion um die Aussetzung
54 des Zivildienstes und dessen Konsequenzen in den nächsten Wochen genau zu beobachten und
55 auf der Grundlage des Beschlusses jugendpolitisch tätig zu werden.

56
57
58 **Begründung:**

59
60 Erfolgt mündlich.

61
62